



Haushaltsrede Die Linke zum Doppelhaus 2026/2027 in der Ratssitzung am 13.07.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Wenn wir heute über den Doppelhaushalt abstimmen, fällen wir eine der schmerzhaftesten Entscheidungen dieser Wahlperiode. Dieses mehr als 500-seitige Dokument ist nicht einfach nur ein Haushaltsplan – es ist ein beispielloser Eingriff in die Geldbeutel der Menschen hier in Lüdenscheid.

Der Vorbericht zeichnet ein katastrophales Bild: Ein Rekord-Defizit von 43,5 Millionen Euro allein für dieses Jahr. Bis zum Ende des Jahrzehnts werden wir 150 Millionen Euro an Eigenkapital verbrennen. Wir steuern nicht nur auf Kassenkredite zu, meine Damen und Herren – wir stecken bereits mittendrin. Und zwar nur, um das nackte Tagesgeschäft überhaupt noch bewältigen zu können! Genau das belegen die neuen Änderungslisten. Das ist der blanke finanzielle Offenbarungseid!

(Teil 1: Die Lebenslüge der Eigenverantwortung und das Versagen der neoliberalen Politik)

Manche tun so, als müssten wir vor Ort einfach nur den Gürtel etwas enger schnallen. Aber das ist eine Lebenslüge!

Warum ist dieses riesige Loch überhaupt entstanden? Weil wir in Lüdenscheid über unsere Verhältnisse leben? Nein! Wir bluten aus, weil uns strukturelle Lasten erdrücken, die von einer unsozialen Landes- und Bundespolitik einfach gnadenlos an die Kommunen durchgereicht werden. Gleichzeitig weigert man sich in Berlin und Düsseldorf, große Vermögen und Konzerne endlich gerecht zu besteuern.

Schauen wir doch nur auf unsere explodierende Kreisumlage: 2026 zahlen wir fast 80 Millionen Euro, und 2027 klettert dieser Betrag auf unfassbare 88 Millionen!

Lassen Sie uns Klartext über diese Entwicklung reden. Einer der größten Kostentreiber ist das Klinikum Hellersen. Da dieses Haus der Maximalversorgung für den gesamten Kreis unverzichtbar ist, muss der Kreis handeln und holt sich die Defizite einfach über die Umlage von uns Städten zurück.

Und genau da liegt der wahre Skandal, meine Damen und Herren! Er sitzt in der Landesregierung in Düsseldorf. Die gesetzliche Lage ist eindeutig: Wir haben in Deutschland eine duale Krankenhausfinanzierung. Die Krankenkassen zahlen die Behandlungskosten. Für die Investitionskosten der Krankenhäuser ist zwingend das Land NRW zuständig! Doch Düsseldorf bricht diese gesetzliche Verpflichtung seit Jahrzehnten. Die fatalen Folgen spüren wir hier: Am Ende bezahlen die Kommunen die Zeche für das Versagen der Landesregierung.

Als wäre das nicht genug, wird es sogar noch dreister: Mit der sogenannten Krankenhausumlage greift uns das Land ein zweites Mal direkt in die Tasche! Wir Kommunen werden per Gesetz gezwungen, 40 Prozent der landesweiten Krankenhausinvestitionen mitzutragen – was eine zusätzliche Millionenbelastung für unseren ohnehin ruinösen Haushalt bedeutet.

Düsseldorf muss endlich seine gesetzlichen Pflichten und das Konnexitätsprinzip erfüllen, damit wirksam entlastet wird! Herr Bürgermeister, Sie haben in Ihrer Einbringungsrede einen völlig richtigen Satz gesagt: „Wer bestellt, muss auch bezahlen. Starke Kommunen sind das Fundament einer wehrhaften Demokratie.“ Da haben Sie unsere volle Zustimmung! Aber wenn Sie das wirklich so meinen, dann dürfen wir diese Zustände hier im Rat nicht länger stumm abnicken. Wir sind nicht die Reparaturwerkstatt für das Versagen der Landes- und Bundespolitik. Wir müssen uns wehren!

In diesem Zuge müssen wir dringend über die Verteilungsfrage reden. In dieser Republik ist schließlich genug Geld da, es ist nur ungleich verteilt. Die Vermögen der Superreichen wachsen von Krise zu Krise weiter an. Aber anstatt endlich die Vermögensteuer wieder in Kraft zu setzen, eine gerechte Erbschaftssteuer einzuführen und Übergewinne abzuschöpfen, schützt die CDU-geführte Bundesregierung unter Kanzler Merz lieber Multimillionäre, Milliardäre und Erben-Dynastien. Und wer zahlt am Ende die Zeche für diese neoliberale Klientelpolitik? Die Menschen vor Ort und die Kommunen.

Genauso überfällig ist eine gerechte Gemeindewirtschaftssteuer. Es ist niemandem mehr zu vermitteln, warum lukrative Facharztzentren oder Anwaltssozietäten von der Gewerbesteuer befreit sind, während kleine Gewerbetreibende und die lohnabhängige Mehrheit die Lasten dieser Stadt fast allein tragen müssen.

(Teil 2: Die Steuerpolitik – Ein Verrat an der lohnabhängigen Mehrheit)

Weil Berlin und Düsseldorf die notwendigen Gelder verweigern, stehen wir mit dem Rücken an der Wand. Anstatt die verbleibenden Lasten nun aber solidarisch zu verteilen, reichen **Sie** den finanziellen Druck einfach ungeniert nach unten weiter. Nirgendwo zeigt sich so drastisch wie bei der Grundsteuer, wie unsozial Sie diese Krise auf dem Rücken der Menschen lösen.

Nachdem die Verwaltungsgerichte Gelsenkirchen und Düsseldorf die differenzierten Hebesätze gekippt haben, blieb nur noch der einheitliche Hebesatz. Dieser rechtliche Zwang belastet nun aber die Menschen zusätzlich – vor allem Mieterinnen und Mieter. Denn er lässt die Grundsteuer B für Wohngrundstücke in Lüdenscheid regelrecht explodieren.

Um diese finanzielle Vollkatastrophe für die Menschen in dieser Stadt zu verhindern und die bisherige solidarische Lastenverteilung zu retten, haben wir Ihnen einen klaren Plan auf den Tisch gelegt: Unser aufkommensneutraler Änderungsantrag sah vor, die Grundsteuer B nicht zu erhöhen und die Lücke stattdessen durch eine moderate Anhebung der Gewerbesteuer zu schließen. Das hätte die Betriebe insgesamt nicht stärker belastet als der alte differenzierte Hebesatz!

Doch diesen fairen Weg haben Sie abgelehnt! Sie haben sehenden Auges den Knopf gedrückt, um die Grundsteuer für alle auf 1.190 Prozent hochzupeitschen. Damit machen Sie der Kapitalseite ein millionenschweres Steuergeschenk und lassen gleichzeitig die ganz normalen Menschen in dieser Stadt bluten!

Und das nächste Damoklesschwert hängt längst über uns: Im HSK ist verankert, dass die Grundsteuer B ein weiteres Mal erhöht werden soll! Sie gönnen den Menschen nicht einmal mehr eine echte finanzielle Atempause.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich spreche jeden Tag mit Kolleginnen und Kollegen im Betrieb und sehe, wie schwer die Zeiten sind. Lebensmittelpreise und Energiekosten sind für viele kaum noch zu stemmen. Die hart erkämpften Lohnerhöhungen der letzten Jahre werden von der Inflation bereits restlos aufgefressen. Und wie reagiert die Mehrheit hier im Saal? Sie nimmt diesen Menschen durch die Grundsteuer-Explosion auch noch die letzten Reserven! Für die Menschen wird die Nebenkostenabrechnung nun endgültig zum Albtraum.

Was Ihre abstrakten Zahlen in der Realität bedeuten, hat mir kürzlich eine alleinstehende Rentnerin verdeutlicht, die auf bescheidenen 59 Quadratmetern lebt. Letztes Jahr lag ihre Grundsteuer noch bei etwa 300 Euro. Nach Ihrer Erhöhung steigt sie nun auf über 400 Euro. Das sind über 100 Euro mehr – für eine alleinstehende Frau auf 59 Quadratmetern! Für Sie hier im Saal mag das ein Rundungsfehler im Haushaltsplan sein. Für diese Frau ist es die existenzielle Frage, ob am Ende des Monats noch genug Geld für den Einkauf übrigbleibt.

Das ist nichts anderes als eine eiskalte Umverteilung von unten nach oben!

Das Problem dieser Stadt ist: Die Mehrheit verweigert sich den großen Hebeln. Noch vor wenigen Wochen haben Sie Prüfaufträge zu Steuern abgelehnt, die ausdrücklich nicht die Mehrheit der Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider getroffen hätten. Offenbar fürchteten Sie schon die bloße Faktenlage – anders lässt sich kaum erklären, warum Sie Instrumente zur Ermittlung verlässlicher Zahlen so schnurgerade blockieren.

Im Finanzausschuss wurde es dann absurd: Wir beantragten eine Zweitwohnungsteuer. 1.406 Nebenwohnungen gibt es in dieser Stadt. Mit 15 Prozent der Nettokaltmiete hätten wir über 150.000 Euro eingenommen – plus Lenkungseffekt: mehr Hauptwohnsitze, mehr Schlüsselzuweisungen vom Land NRW.

Und was tat die regierende Mehrheit? Sie wischte den Antrag vom Tisch. Sie blockieren Einnahmen, die die breite Mehrheit vor Ort nicht treffen, und treiben stattdessen bei Familien die Grundsteuer weiter hoch. Das ist Blockadepolitik gegen die Interessen unserer Stadt!

Auch sonst verweigern Sie gerechte Einnahmen: Erst blockieren Sie aus falscher Rücksichtnahme die Prüfung einer Beherbergungssteuer für auswärtige Gäste. Dann kippt die konservative Mehrheit auch noch den Gemeindesteuerprüfer. Dabei ist er keine Ausgabe, sondern eine Investition in faire Gewerbesteuerprüfungen und echte Steuergerechtigkeit.

Und genau hier wird Ihre soziale Schieflage endgültig unübersehbar: Weil Sie gerechte Einnahmen blockieren, holen Sie sich das Geld dort, wo es am schlimmsten wirkt – bei den Familien. Mit steigenden Elternbeiträgen für Kitas und OGS greifen Sie ihnen ein drittes Mal in die Tasche. Wer Konzerne vor Prüfungen schützt und stattdessen Familien bei der Bildung abkassiert, greift die Teilhabe unserer Kinder an. Das ist Klassenpolitik von oben!

(Teil 3: Der Stellenplan – Sparen bei den Schwächsten, Verwaltungschaos)

Blicken wir auf den Stellenplan: Die Verwaltung ruft eine sogenannte „strategische Stellenplanpause“ aus, doch die HSK-Tabellen offenbaren die eiskalte Wahrheit.

Ihr Umgang mit dem Personal ist ein absoluter Offenbarungseid. Sie streichen 100 Stellen dauerhaft und bezeichnen diese in Ihren eigenen offiziellen Tabellen wörtlich als 'unrentierliche' Stellen! Da frage ich mich: Was ist für Sie ein unrentierlicher Mensch? Ist das die Sozialarbeiterin? Oder der Hausmeister, nur weil er keine direkten Gebühren für die Stadtkasse generiert?

Für Ihre wahren Prioritäten ist dagegen Geld da: Während unten der Rotstift kreist, schaffen Sie beim Ordnungsdienst eine teure A11-Führungsstelle – offiziell zur „Steigerung der Bußgeld-Einnahmen“. Weil nach Öffnung der Rahmedetalbrücke 1,4 Millionen Euro Blitzer-Einnahmen wegbrechen, reagieren Sie mit mehr Kontrollen, um den Menschen auf der Straße trotzdem jeden Cent abzupressen. Das hat mit Verkehrssicherheit nichts mehr zu tun. Das ist eine unsoziale Ersatzsteuer, die den Malochern auf dem Weg zur Schicht das Geld aus der Tasche zieht!

(Teil 4: Das Haushaltssicherungskonzept – Schattenhaushalte und fatale Prioritäten)

Meine Damen und Herren, liest man Ihr Haushaltssicherungskonzept, könnte man fast Mitleid bekommen. Die Diagnose der Kämmerei ist schließlich völlig richtig: Wir befinden uns nicht in der Haushaltssicherung, weil wir über unsere Verhältnisse leben, sondern weil Bund und Land uns systematisch erdrücken! Der Städtetag NRW hat erst kürzlich bestätigt, dass die kommunalen Haushalte "im freien Fall" sind, weil uns immer neue Aufgaben ohne die nötige Finanzierung aufgedrückt werden.

Doch was folgt politisch aus dieser Erkenntnis?

Der Fairness halber: Bei der Offenen Ganztagschule geht die Stadt 2026 und 2027 in Vorleistung und erhöht die Zuschüsse auf rund 2,5 Millionen Euro. Das ist richtig und ein wichtiges Signal an die Familien.

Doch ab 2028 reißen Sie diesen Schritt wieder ein: Der städtische OGS-Zuschuss wird auf null gesetzt – in der bloßen Hoffnung, dass das Land NRW irgendwann einspringt. Trotz Warnungen

des Städtetags lassen Sie die Finanzierung im Blindflug enden. Das ist ein verantwortungsloses Spiel auf dem Rücken von Kindern, Familien und Alleinerziehenden!

Für Prestigeprojekte am Sternplatz sitzt das Portemonnaie dagegen erstaunlich locker!

Noch vor einiger Zeit haben Sie großspurig den Abrissbeschluss für das alte „Forum“ gekippt – eine städtische Problemimmobilie, für die bis heute jedes tragfähige und ausfinanzierte Gesamtkonzept fehlt. Stattdessen regiert dort die Arroganz der Macht: Wenn engagierte Fachleute aus der Bürgerschaft, wie die Architektin Frau Amtenbrink oder der Kulturexperte Herr Hein, detaillierte, nachhaltige und deutlich kostengünstigere Alternativkonzepte für den Erhalt des Forums auf den Tisch legen, ignoriert die Rathauspitze diese Expertise.

Wenn es jedoch um externe Großinvestoren geht, werden plötzlich alle Türen weit aufgerissen. Heute peitscht die Mehrheit die Beschlussvorlage für die P+C-Immobilie durch. Unfassbare 47,5 Millionen Euro sollen dort für den Kauf in die Hand genommen werden! Und das Schlimmste daran: Die Stadt kauft nicht nur völlig überteuert. Sie lässt den privaten Entwickler Midstad auch noch nach völlig eigenem Dünken planen! In der eigenen Verwaltungsvorlage wird offen zugegeben: Man erwirbt das fertige Projekt ohne jegliche Einflussnahme auf die Bauausführung – einzig und allein, um das Vergaberecht zu umgehen!

Sie schließen von vornherein jede demokratische Kontrolle durch diesen Rat aus und stellen einem privaten Entwickler einen 47-Millionen-Blankoscheck aus. Angeblich sind wir eine notleidende „HSK-Kommune“, aber am Sternplatz werden die Millionen im Akkord freigegeben. Das ist keine Haushaltssicherung mehr, das ist knallharte Klientelpolitik!

Sobald es aber um die Lebensqualität der ganz normalen Menschen geht, ist plötzlich kein Cent mehr da. Die dringend nötige Verkehrsberuhigung in der Knapper Straße? Aus Geldmangel vertagt! Das Zukunftsprojekt der Mobilstationen? Komplett gestrichen! Klimafreundliche und bezahlbare Mobilität für alle darf kein Luxus sein. Wenn Sie diese nachhaltigen Angebote kappen, zeigt das überdeutlich: Die Profite möglicher Investoren haben für Sie einen weitaus höheren Stellenwert als lebenswerte Stadtteile für die Menschen.

Dass Lüdenscheid längst in einer handfesten sozialen Krise steckt, zeigt die Kostenexplosion bei den Hilfen zur Erziehung. Sie ist die bittere Quittung für Jahrzehnte kaputtgesparter Prävention: Wenn Familien unter Druck geraten und Jugendzentren fehlen, eskalieren Krisen – und am Ende muss das Jugendamt mit den teuersten Maßnahmen eingreifen. Wir brauchen wieder deutlich mehr Geld für Prävention statt für Reparaturbetrieb. Das zahlt sich sozial und finanziell aus.

Und weil der Zynismus in dieser Stadt offenbar überhaupt keine Grenzen mehr kennt, wurde im Jugendhilfeausschuss vor Kurzem die Katze aus dem Sack gelassen. Über 200 Kita-Plätze bleiben in Lüdenscheid unbesetzt – doch statt diese freiwerdenden Kapazitäten für bessere Qualität zu nutzen, greifen Sie zum stumpfen Rotstift! Ohne Rücksicht auf Verluste peitschen Sie die Streichung von 95 Betreuungsplätzen durch und kürzen das Angebot gnadenlos zusammen!

Dabei haben wir Ihnen im Ausschuss einen konkreten und fundierten Gegenantrag vorgelegt: Nutzen wir diese einmalige demografische Atempause für ein einjähriges Pilotprojekt zur Gruppenverkleinerung! Damit könnten wir die pädagogische Qualität sichern und die Erzieherinnen und Erzieher entlasten. Das Rad müssen wir dafür nicht neu erfinden: Das Erfolgsbeispiel aus Dormagen zeigt schwarz auf weiß, dass kleinere Gruppen bei gleichem Personalschlüssel die Krankenstände drastisch senken und Personalengpässe gegen Null tendieren lassen!

Und was wurde uns im Fachausschuss entgegnet? Fachlich und pädagogisch sei unser Vorschlag absolut sinnvoll. Doch als Kommune im Haushaltssicherungskonzept könnten wir uns gute Arbeitsbedingungen „einfach nicht leisten“. Das ist ein bitterer politischer Offenbarungseid! Zumal die Landesregierung ab Mitte 2026 im Zuge der KiBiz-Reform einen 200-Millionen-Soforthilfetopf bereitstellt – genau zur Stabilisierung solcher Vakanzen. Anstatt diese Landesmittel aktiv abzurufen, schließen Sie lieber Kita-Gruppen und verheizen das verbliebene Personal. Das ist eiskalte, mutlose Politik auf dem Rücken der Kinder und der Fachkräfte!

Heute zahlen wir Millionen für die Reparatur von gesellschaftlichen Schäden, die durch exakt diese unsoziale Politik verursacht wurden.

(Teil 5: Fazit und Ablehnung)

Meine Damen und Herren,

ein Haushalt ist immer in Zahlen gegossene Politik. Die Politik, die aus diesem Entwurf zu uns spricht, ist zutiefst ungerecht, neoliberal und absolut mutlos.

Die Lasten dieser Krise werden nicht fair verteilt. Erneut wird die Mehrheit der Menschen in dieser Stadt zur Kasse gebeten, während die starken Schultern und die Profiteure verschont bleiben.

Wir lassen nicht zu, dass diese Krise nach unten oder gegen einzelne Gruppen ausgespielt wird – sie muss dort bezahlt werden, wo Reichtum und Profite sitzen.

Ein wahrhaft gerechter Haushalt schützt die Lohnabhängigen und von Armut betroffenen Menschen vor dem finanziellen Ruin und bittet stattdessen diejenigen zur Kasse, die es sich leisten können. Ein sozialer Haushalt investiert mutig in unsere Kinder, in funktionierende Straßen und in gutes Personal an der Basis, anstatt unsere städtische Infrastruktur auf dem Altar der Mangelverwaltung zu opfern.

Ein gerechter Haushalt verwaltet nicht nur den Stillstand – er gestaltet die Zukunft für alle Menschen in Lüdenscheid! Unsere Stadt hat eine Zukunft verdient, in der Kinder gute Bildung bekommen, Straßen funktionieren und in der niemand mehr Angst vor der nächsten Nebenkostenabrechnung haben muss.

Dieser Haushaltsentwurf leistet das alles nicht. Daher werden wir diesen Haushalt ablehnen. Wir werden weiter für eine gerechte Finanzierung unserer Stadt und für ein soziales Lüdenscheid kämpfen – hier im Rat und auf der Straße!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.